

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

(20. Ausschuss)

14. April 2003

Protokoll Nr. 9

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Protokoll

der 9. Sitzung

des Ausschusses für die

Angelegenheiten der Europäischen Union

am Mittwoch, dem 12. Februar 2003,

von 14:30 bis 15.00 Uhr im Europasaal (PLH 4.900)

Vorsitz: Abg. Matthias Wissmann

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Tagesordnung.....	3
Anwesenheitslisten.....	4
Teilnehmerliste der polnischen Delegation.....	8
Einzigster Punkt der Tagesordnung: Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation des Europaausschusses des Sejm und des Auswärtigen und Europaausschusses des Senats der Republik Polen.....	9

DEUTSCHER BUNDESTAG
15. Wahlperiode
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 04.02.2003
Tel.: 30332 (Sitzungssaal)
Fax: 36332 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Die 9. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Mittwoch, dem 12.02.2003, 14:30 bis 15.00 Uhr
Sitzungsort: Europasaal (PLH Saal 4.900)

Die Sitzung ist öffentlich.

Tagesordnung

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation des Europaausschusses des Sejm
und des Auswärtigen und Europaausschusses des Senats der Republik Polen
(Delegationsleiter: Vorsitzender des Europaausschusses, Herr József Oleksy)

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender

Teilnehmerliste der Delegation der polnischen Parlamentarier

(Europaausschuss des Sejm; Auswärtiger und Europaausschuss des Senats)

Europaausschuss des Sejm:

Andrzej Grzyb (PSL)	Stellvertretender Vorsitzender des Europaausschusses und Vorsitzender der Delegation
Andrzej Markowiak (PO)	Mitglied des Europaausschusses
Malgorzata Rohde (SKL)	Mitglied des Europaausschusses
Robert Smolen (SLD)	Mitglied des Europaausschusses
Magdalena Skrzyńska	Sekretär der Delegation

Auswärtiger und Europaausschuss des Senats:

Dorota Simonides (Senat Blok 2001 Wählervereinigung)	Mitglied des Auswärtigen und Europaausschusses
Zbigniew Zychowicz (SLD)	Mitglied des Auswärtigen und Europaausschusses

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:
Gespräch des Ausschusses mit einer Delegation des Europaausschusses des Sejm
und des Auswärtigen und Europaausschusses des Senats der Republik Polen**

Der **Vorsitzende** eröffnet die 9. Sitzung und begrüßt die polnischen Kollegen und Freunde aus dem Europaausschuss des Sejm. Die Begegnung erfreue alle Anwesenden, zumal sie in einem historischen Moment stattfinden, sozusagen am Vorabend des polnischen Beitritts zur Europäischen Union. Alle Mitglieder des Europaausschusses hätten den Weg Polens in die Europäische Union immer unterstützt, weil sie sich ein ungeteiltes Europa ohne Polen historisch, kulturell, politisch aber auch strategisch gar nicht vorstellen könnten. Wer einmal in Krakau gestanden habe oder Warschau kenne, der wisse, dass Polen ein Teil Europas sei, es immer gewesen sei und es immer sein werde. Im Übrigen wisse man im Ausschuss welchen entscheidenden Beitrag Polen zur Überwindung der Teilung Europas geleistet habe, welche Bedeutung der polnische Papst für die Einigung Europas gehabt habe und haben werde. Der Ausschuss begrüße die Delegation sehr herzlich, man wisse, dass dieser Besuch als Fortsetzung einer langen Reihe intensiver Kontakte zwischen den beiden Ausschüssen und zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Sejm ausgesprochen nützliche Ergebnisse erarbeitet habe und erarbeiten werde. Eine Begegnung der Ausschüsse habe es schon im März 2000 im Rahmen des Weimarer Dreiecks zusammen mit dem EU-Ausschuss der Assemblée nationale gegeben. In wenigen Tagen werde man sich zur gemeinsamen Sitzung des Europaausschusses der französischen Nationalversammlung und des Bundestages in Stuttgart treffen und die Inspirationen des heutigen Gesprächs in die dortigen Beratungen, die sich vor allem mit den Verfassungskonvent beschäftigen würden, einfließen lassen.

Der Ausschuss sei der Meinung, dass gerade der heutige Tag ein guter Tag für diese Beratungen sei, da er im Vorfeld der Weichenstellungen im Verfassungskonvent stattfinden und weil am 16. April 2003 in Athen die Abkommen zur Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten der EU unterzeichnet würden. Was man der polnischen Delegation zusagen könne, sei, dass man sich um eine außerordentlich zügige Ratifizierung kümmern werde, weil man glaube, dass es gut sei, wenn bald Signale, wie die Notwendigkeit des Prozesses der Erweiterung der Europäischen Union, von den Parlamenten gesetzt werden würden. Der Europaausschuss sei federführend für die Ratifizierung zuständig und damit sei die polnische Delegation beim Ausschuss an der richtigen Stelle.

Der Vorsitzende schlägt vor, zuerst Herrn Grzyb, den Leiter der Delegation und stellvertretenden Vorsitzenden des polnischen Europaausschusses, sprechen zu lassen mit der Bitte, die Kolleginnen und Kollegen vorzustellen, von denen viele sehr gut deutsch sprechen würden; bei Frau Professor Simonides sei dies sehr beeindruckend, man werde richtig bescheiden, wenn man merke, wie wenig man selbst in Mitteleuropa sprachlich verankert sei. Es sei zu begrüßen, wenn die Delegation einige Themen vortrage, die ihr besonders wichtig seien, und

dass man dann in einem Dialog, an dem sich die Fraktionen des Bundestages sich gern beteiligen würden, eintrete.

Der Vorsitzende heißt nochmals alle Gäste willkommen und begrüßt auch den polnischen Botschafter, der ein Wegbereiter der engen Zusammenarbeit mit Polen sei.

Abg. Andrzej Grzyb (Polen) dankt für die Möglichkeit, sich mit dem deutschen Europaausschuss zu treffen, und ganz besonders für die herzlichen Begrüßungsworte von Herrn Wissmann. Die Delegation sei am zweiten Tag des Besuchs in Deutschland, sie bestehe zum Teil aus Senatsmitgliedern und zum Teil aus Sejm-Mitgliedern. Er bittet seine Kollegen sich in Folge selbst vorzustellen.

Prof. Dr. Dorota Simonides (Polen) berichtet, sie arbeite seit 13 Jahren an der deutsch-polnischen Verständigung, sei Senatorin und Mitglied des Ausschusses für europäische Integration. Sie wolle hinzufügen, dass sie keinerlei Zweifel habe, dass man in diesen schwierigen historischen Zeiten auf die deutschen Parlamentarier bauen könne.

Zbigniew Zychowicz (Polen) stellt sich vor. Er sei Senator in der zweiten Legislaturperiode und befasse sich seit zehn Jahren intensiv mit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und sei der Vorsitzende der Region Pommerania.

Abg. Malgorzata Rhode (Polen) sagt, dass sie in der ersten Legislaturperiode Mitglied des Europaausschusses sei. Sie vertrete die Region Kösslin/Koszalin und sei auch Mitglied des Ausschusses für nationale Minderheiten.

Abg. Andrzej Markowiak (Polen) berichtet, er sei in der ersten Legislaturperiode im Europaausschuss, er komme aus Oberschlesien an der Grenze zwischen Polen und Tschechien und sei Vorsitzender der Euroregion Silesia.

Abg. Robert Smolen (Polen) sagt, er sei Mitglied des Europaausschusses des polnischen Sejm, gewählt in der Wojewodschaft Lebusserland, also an der Grenze zu Deutschland. Er gehöre der größten Gruppierung im polnischen Parlament, der Gruppierung der SLD, dem Bündnis der demokratischen Linken, an.

Abg. Andrzej Grzyb (Polen) ergreift wieder das Wort und sagt, man habe erkennen können, dass alle Kollegen, zum Teil zugehörig zum Senat, zum Teil zugehörig zum Sejm, enge Kontakte hätten mit Deutschland und in enger Nachbarschaft mit Deutschland tätig seien. Er

selbst sei Abgeordneter aus Großpolen, in der dritten Legislaturperiode tätig und auch Mitglied des Innenausschusses.

Man freue sich über die Kontakte, denn man habe sich um diese Kontakte mit dem Europaausschuss des Bundestages eineinhalb Jahre bemüht. Man habe die Hoffnung, dass die heutige Begegnung eine Neueröffnung wunderbarer Kontakte werde. Er sehe ein, dass leider eine frühere Begegnung auf Grund der vollen Kalender nicht möglich gewesen sei, doch nun wolle man, dass die Kontakte enger würden. Eine der wichtigsten Aufgaben sei es, gerade die parlamentarische Diplomatie in europäischen Fragen zu pflegen, damit sie permanenten Charakter bekomme und dies hauptsächlich mit den deutschen Partnern. Man wisse es zu schätzen, welche Bemühungen hier unternommen worden seien, gerade vom deutschen Bundeskanzler und vom Bundestag, in all den Fragen, die dazu geführt hätten, dass die Verhandlungen mit der EU ihren krönenden Abschluss gefunden hätten. Dies werde sehr hoch in Polen geschätzt, auch im polnischen Parlament. Er wolle einige kurzen Informationen übermitteln, die den Ausschuss über den gegenwärtigen Zustand der Gespräche zum Beitrittsvertrag informieren sollten. Man wolle nicht verhehlen, dass es einige Schwierigkeiten gegeben habe, aber man hoffe, dass alles gut gehen werde. Das Parlament werde Anfang März den Text des Vertrages bekommen, es werde dann eine innerpolnische Diskussion über den Inhalt des Vertrages geben. Nach dem 16. April werde es ein Referendum geben in Übereinstimmung mit der Verfassung Polens. Diese mache es erforderlich, dass mindestens 50 % der Wahlberechtigten auch an der Wahl teilnähmen, dies sei natürlich eine hohe Schwelle. Daher überlege man sich Lösungen, die es ermöglichten, eine möglichst hohe Beteiligung zu bekommen. Man überlege das Referendum auf zwei Tage auszudehnen – es gebe hierfür ein breites parteiübergreifendes Einverständnis, denn man sei der Auffassung, dass dies ein wichtiges historisches Ereignis für Polen sei. Man wolle es deshalb auch von den Bürgern gewürdigt wissen – es solle ein Mandat der Akzeptanz für die Ratifizierung geben. Man denke skeptisch darüber, was passieren werde, wenn das Referendum nicht gut ausgehe, ob das Parlament die Rolle des Zustimmenden übernehmen werde, denn man brauche dann die entsprechende Mehrheit. Im Moment habe man es mit einer zunehmenden Unterstützung der Bevölkerung für den Beitritt zu tun. Unter der polnischen Bevölkerung seien etwa 60 % dafür, die mit ja stimmen würden. Aber die Zeit gehe schnell vorbei und man rechne damit, dass auch über die weitere Zukunft nachgedacht werde, also über das, was im Konvent passiere. Polen sei zwar noch assoziiert, aber wolle auch Einfluss haben auf die Gestaltung der Zukunft der EU, nicht nur im Rahmen der Arbeiten des Konvents, sondern auch in der Regierungskonferenz – es sehe alles danach aus, als werde vor der Erweiterung noch ein solches Treffen stattfinden. Die Delegation hoffe, dass man in einen Prozess des Dialogs über die Zukunft der EU und deren institutioneller Gestaltung, dessen was alle in Europa erwartete, nämlich die Annäherung zwischen den Bürgern Europas,

eingebunden werde. Man habe den Eindruck, dass dies sehr notwendig sei, deshalb bitte die Delegation den Vorsitzenden und die Mitglieder des Ausschusses um eine engere Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene der Ausschüsse des Bundestages und des Sejm. Man solle zu der Idee zurückkehren, an die man sich gut erinnere, nämlich die Idee der Treffen der Vorsitzenden der Ausschüsse und deren Delegationen im Rahmen des Weimarer Dreiecks, also aus Deutschland, Frankreich und Polen. Er habe diese Feststellung zuvor bereits getroffen. Dabei habe er ein wenig gescherzt, als er gesagt habe, dass Polen ein bisschen teilnehmen wolle an diesem Motor der Integration, der dargestellt werde von Deutschland und Frankreich. Man denke, dass Polen sehr viel zu dieser Zusammenarbeit beitragen könne, man habe gestern und heute viele Beispiele dafür gebracht. Man wünsche sich, dass der Ausschuss dieser Initiative sehr wohlwollend gegenüber stehen möge. Die polnische Delegation wäre hierfür sehr verbunden, denn das gebe Polen einen „Pusch“. Natürlich müsse man auch Bezug nehmen auf das, was in den letzten Tagen sehr lebendig geworden sei. Als Vertreter des polnischen Parlamentes wollten sie dem Ausschuss eine Botschaft überreichen, indem man deutlich unterstreiche, dass die Unterzeichnung des Briefes der acht Regierungschefs überhaupt keine Botschaft sei, die gegen jemanden gerichtet sei, vor allem nicht gegen die deutschen Nachbarn. Er wolle nochmals unterstreichen, dass man sehr daran interessiert sei, auch auf Grund der historischen Erfahrungen mit Deutschland, als aufrichtiger Partner in der NATO gewürdigt zu werden. Aber er wolle nicht, dass Polen ein Hindernis darstelle bei der weiteren Entwicklung. Man wolle dies besonders unterstreichen, man wisse die Rolle zu schätzen, die die Deutschen gespielt hätten, der deutscher Staat, insbesondere auch der Bundeskanzler und das deutsche Parlament, um den Prozess des EU-Beitritts Polens zu begleiten. Im Augenblick dauere der Prozess der Erweiterung noch an und man sei Deutschland sehr dankbar für seine Rolle im Prozess.

Er wendet sich an den deutschen Vorsitzenden und erklärt, dass man relativ wenig Zeit habe und er sich deshalb auf das Gesagte beschränken wolle. Es sei eine lange Einleitung gewesen, aber er denke, dass sie nötig gewesen sei.

Der **Vorsitzende** dankt für die interessante Einführung von der Seite der polnischen Kolleginnen und Kollegen und erklärt, dass er sich ein Dreier-Treffen der Verantwortlichen der Ausschüsse durchaus in einer nahen Zukunft vorstellen könne. Man müsse es nur jeweils so machen, dass die Arbeitsvielfalt der Ausschüsse bewältigt werden könne. Wenn man es aber konzentriert und effizient mache, dann sei die Fortsetzung der Idee des Weimarer Dreiecks eine gute, die auch im Ausschuss mit Sicherheit auf Zustimmung stoße.

Abg. Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) merkt an, sie freue sich sehr, dass die polnischen Kolleginnen und Kollegen zu Besuch im Ausschuss seien und sie zum Ausdruck gebracht

hätten, wie sehr ihnen an der Zusammenarbeit der beider Ausschüsse gelegen sei. Insbesondere habe sie die Herstellung des Zusammenhangs zum Weimarer Dreieck gefreut, weil sie in der Tat glaube, dass dieses Instrument besser genutzt werden könne und hier auch die parlamentarische Ebene eine wichtige Rolle spielen solle. Da Herr Grzyb die Arbeit des Konvents und der anschließenden Regierungskonferenz erwähnt und den Wunsch geäußert habe, sich hier zu beteiligen, wolle sie fragen, in welcher Weise die polnischen Ausschüsse des Sejm und des Senats sich mit den bisher auf dem Tisch liegenden Initiativen beschäftigt hätten, insbesondere dem deutsch–französischen Vorschlag. Zwar sei die Zeit knapp und man könne es nicht ausführlich behandeln, aber es wäre interessant zu hören, inwiefern die Polen schon eine Position hätten, in Bezug auf die Stärkung des Europäischen Parlamentes und damit des Aspektes der stärkeren Demokratisierung der EU.

Dorota Simonides (Polen) berichtet, dass der deutsch–französischer Vorschlag zu schnell gekommen sei, denn jeder Tag bringe den Polen etwas Neues, und man habe noch keine Zeit gehabt das als Debatte anzunehmen. Deshalb könne man heute auf diese Frage nicht antworten.

Abg. Andrzej Grzyb (Polen) merkt an, es sei natürlich so, dass die Arbeit des Konvents keine Arbeit sei, in die der Sejm nicht mit involviert werde. Man sei auf dem Laufenden, man wisse ganz genau was passiere. Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Oleksy, sei beispielsweise Mitglied des Konventes; Frau Abgeordnete Vogler, Herr Senator Wybrod und Frau Senatorin Grabowska seien auch Mitglieder des Konventes. Man bekomme also die aktuellen Unterlagen in die Hand, die sich aus den einzelnen Diskussionen des Konventes ergäben, auch Unterlagen, die gerade erst erschienen seien. D.h. man sei auf dem Laufenden in Bezug auf die Informationen, wobei man sagen müsse, dass die Diskussion vor allem in den wissenschaftlichen Gremien von statten gehe, aber auch unter den Politikern. Es fände eine ganze Reihe von regionalen Konferenzen unter Beteiligung der Mitglieder des EU–Parlamentes statt, um in Polen darzustellen, wie eigentlich die Diskussion in den anderen EU–Ländern bezüglich der Zukunft des gemeinsamen Europa aussehe.

Abg. Peter Hintze (CDU/CSU) betont, dass alle den Beitritt Polens als politischen, wirtschaftlichen, aber vor allem Dingen kulturellen Gewinn für die EU empfänden. Er wolle einen konkreten Vorschlag machen und hoffe, dass er die eigenen Kollegen dafür gewinnen könne. Könne man nicht den polnischen Kollegen das Angebot machen, in Stuttgart mit dabei zu sein? Dies würde sich sehr anbieten. Man treffe sich mit den französischen Freunden, man habe sich in der Vergangenheit öfter im Rahmen des Weimarer Dreiecks getroffen. Es wäre sicherlich organisatorisch möglich, dass wenigstens der eine oder andere Kollege in Stuttgart

mitwirken könne. Dies fände er sehr schön und sei sicher, dass auch die französischen Freunde dies als Bereicherung empfänden. Europa sei das gemeinsame Projekt, deshalb solle man es auch gemeinsam angehen.

Der **Vorsitzende** erklärt sich spontan dazu bereit. Man sei zwar in einem fortgeschrittenen Stadium der Vorbereitung, wenn aber ein oder zwei Kollegen aus dem polnischen Sejm dort Teil des Ganzen werden würden, würde man sich auf allen Seiten freuen.

Abg. Andrzej Grzyb (Polen) sagt, dass diese Idee eine sehr gute sei und sie den Vorschlag ergänze, den er am Anfang unterbreitet habe. Natürlich müssten entsprechende Vorbereitungen getroffen werden, aber die Ausschussmitglieder nähmen ihn sehr gerne an.

Abg. Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, wie wichtig dieser Besuch für den Ausschuss sei. Man habe gestern im Rahmen der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe schon Gelegenheit gehabt miteinander zu sprechen. Er glaube, dass dieser Besuch zu diesem Zeitpunkt eine ganz wichtige Funktion habe. Er wolle sich bei der Delegation für die einleitenden Worte bedanken, die nochmals deutlich gemacht hätten, dass es gerade zwischen Deutschland und Polen darauf ankomme, Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu stellen auch angesichts schwieriger weltpolitischer Entwicklungen. Ein festes Fundament von Freundschaft und die gemeinsame Politikentwicklung sei als die Aufgabe, die vor ihnen allen liege, zu begreifen. Deshalb habe es ihn sehr gefreut, wie die Begrüßung inhaltlich gestaltet worden sei. Weiterhin hoffe er, dass man diese freundschaftliche Zusammenarbeit im Interesse der Menschen in Polen und Deutschland weiter werde vertiefen können, denn die deutsch-polnische Freundschaft sei neben der deutsch-französischen Freundschaft ein ganz zentrales Instrument, um den Erweiterungsprozess im Interesse der Menschen mit Erfolg und mit zunehmendem Wohlstand, aber auch mit einer nachhaltigen Entwicklung in Einklang zu bringen. Ihn bewege in diesen Zusammenhang eine Frage ganz besonders: In diesem Erweiterungsprozess sei das Verhältnis zu Russland eine wichtige Frage. Ihn interessiere die Beurteilung der Situation in der russischen Exklave Kaliningrad; welche Möglichkeiten sehe man in der polnischen Delegation gerade hier den Prozess einer Kooperation mit Russland voranzutreiben, welche Schwierigkeiten bestünden dort und was könne man zwischen Deutschland und Polen machen, um diese ganz wichtige Region, die ein Modell sein könne für Kooperation, zu unterstützen.

Abg. Andrzej Markowiak (Polen) sagt, dass die Existenz Kaliningrads als integraler Bestandteil, aber gleichzeitig als Exklave Russlands, ein gewisses Problem sei, weil dies Polen verpflichten würde, die Visumpflicht einzuführen. Dies verletze die Prinzipien der guten

Nachbarschaft. Andererseits entstehe die Frage Kaliningrads als einer Frage der Öffnung Russlands nach Westen. Er denke, dass es hier ohne das Zusammenwirken der EU-Länder, der jetzigen Mitglieder und der Nachbarn Kaliningrads, dabei denke er besonders an Deutschland, das ja das nächstliegende Land der EU vor der Erweiterung sei, wenn man natürlich auch Finnland berücksichtige, nicht gehe. Deutschland spiele eine sehr große Rolle, vielleicht sollte Deutschland auch daran mitwirken Russland davon zu überzeugen, dass dieses Kaliningrad eine große Bedeutung habe für Russland und für uns alle. Er sei mehrfach in diesem Gebiet gewesen und davon überzeugt, dass dort vieles vernachlässigt worden wäre, viel zu investieren sei, dass dort vieles besser funktionieren müsste. Er glaube, dass Russland gerade hier in Europa einen offenen und hilfreichen Partner finden müsste, denn es sei zu befürchten, dass mit eigenen Kräften, nicht nur in materieller Hinsicht, sondern auch von der mentalen Seite her, Russland Schwierigkeiten haben werde, diesem Gebiet, besonders in Europa, denn es ist eine Exklave, die besonders in Europa Bedeutung habe, Bedeutung beizumessen. Er betone nochmals, man habe Schwierigkeiten mit der Einführung der Visumpflicht; dies sei eine Vereinbarung zwischen Polen und Russland. Dann gebe es noch das Problem der Durchreise von Bürgern Russlands in dieses Gebiet, dies betreffe auch Litauen, es sei ein Gebiet, dass gemeinsame Anstrengungen der EU erforderlich mache.

Bezug nehmend auf die Frage von Frau Dr. Schwall-Düren fügt er an, dass die Arbeit im Konvent sehr wichtig sei. Nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa gebe es eine heftige Diskussion darüber, wie bestimmte Lösungen gefunden werden sollten. Das könne den Blick verstellen vor noch wichtigeren Dingen. Was die Konstruktion des Systems des künftigen Europas angehe, sollte die Gestalt des künftigen Europas so aussehen, dass alle ihren Nutzen daraus ziehen würden. Es sollte ein möglichst fähiges System sein, dass konkurrieren könne mit den USA und mit Asien. Man werde ein System einführen müssen, das möglichst nicht überladen sein sollte von demokratischen Gegebenheiten, man müsse wirklich konkurrenzfähig sein in diesem Europa. Dies sei ein Problem, dass für Europa auftauche gerade im Wettbewerb mit den anderen Mächten der Welt.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) betont, dass sie für die liberale Fraktion auch zum Ausdruck bringen möchte, wie froh man sei, dass man jetzt an dieser Stufe des Erweiterungsprozesses der EU stehe, denn die Liberalen seien von Anfang an fest davon überzeugt gewesen, dass es wichtig sei eine Datumperspektive zu geben, auch mit dem Ziel, die Anstrengungen in den Beitrittsländern damit zu forcieren die Anforderungen zu erfüllen. Für die Liberalen sei es nicht vorstellbar gewesen, 2004 eine erweiterte Union zu haben, an der Polen nicht teilgenommen hätte. Um so wichtiger sei jetzt der enge Kontakt, der auch auf parlamentarischer Ebene gepflegt werde, die Aussprache und das direkte Wort. Sie sei sehr froh, dass gerade jetzt nach dem Brief der Acht die polnische Delegation hier sei, damit sich

gar nicht erst Missverständnisse festsetzen könnten. Natürlich, das wüssten alle, sei es ein einmaliger Vorgang gewesen, dass Mitgliedstaaten und Beitrittsländer eine Erklärung unterschrieben, die in eine andere Richtung gehe als in die, die im Rat auf einem minimalen Konsens erörtert worden sei. Dabei gehe es ihr gar nicht um den Inhalt, es gehe ihr um die Tatsache an sich. Um so wichtiger und wertvoller sei es, dass die Delegation jetzt hier sei. Sie richtete gerne Fragen zum Referendum mit gewissen Hürden, die bereits dargelegt worden seien, an die Delegation. Wie schätzt man die Stimmungslage und die Erwartungen im Bereich der Landwirtschaft in Polen ein? Sie denke, dass dies eine nicht unwichtige Rolle im Diskussionsprozess spielen dürfte, der auf die Parlamentarier in den nächsten Monaten zukommen werde. Zweitens, auch wenn noch nicht konkret zu den Punkten und Initiativen im Konvent Stellung genommen werden könne: Gibt es eine Grundstimmung oder eine Tendenz, insbesondere in den Europa-Ausschüssen des Sejm und des Senates, ob man mehr in Richtung einer stärkeren Integration gehen will? Dies gerade auch unter dem Aspekt, man brauche eine handlungsfähige Kommission und ein Parlament, das auch demokratisch legitimiert die Handlungen der EU begleite. Gibt es in Polen auch einen großen Streit zwischen den sogenannten Integrationisten und denen, die stärker die Regierungszusammenarbeit, also die intergouvernementale Zusammenarbeit stärken wollen?

Der **Vorsitzende** merkt - ohne zu wissen, ob es auf der deutschen Seite eine gemeinsame Meinung gebe - an, über die Frage, ob auf der einen Seite die deutsch-französische Initiative und auf der anderen der Brief der Acht klug konsultiert worden seien und formell gut gelaufen seien, könne man sicher anders urteilen als darüber, was darin stehe. Interessanterweise sei der Brief der Acht - er werde von der CDU/CSU-Fraktion in seiner Substanz als Antrag vorgelegt - am morgigen Tag Gegenstand der Entscheidung durch das Plenum des Deutschen Bundestages. Dies habe er nur einfügen wollen, weil der Brief der Acht schon zum zweiten Mal eine wichtige Rolle in den Beiträgen gespielt habe.

Prof. Dr. Dorota Simonides (Polen) antwortet auf die Frage der liberalen Fraktion. Es stimme, was der Herr Vorsitzender gesagt habe, auf der einen Seite habe man den Inhalt des Briefes, auf der anderen Seite habe man die Interpretation durch die USA; trotzdem seien in Polen Stimmen laut geworden, die gemeint hätten, dass die Deutschen die Polen auch nicht gefragt hätten, als sie mit Frankreich und mit Putin eine Vereinbarung getroffen hätten. Man müsse solche Stimmen, die in Polen aufkämen, ebenfalls berücksichtigen. Sie würde lügen, wenn sie verheimlichte, dass in Polen das Volk auch geteilt sei. Man wolle keinen Krieg, keiner wolle einen Krieg. Man sei der Ansicht, dass alle friedenserhaltenden Maßnahmen genutzt werden sollten.

Zum Referendum merkt sie an, dass man befürchte, ob man dieses Referendum wirklich gewinnen werde. Man wolle schließlich ein demokratisches Land sein und man wolle dieses Referendum. Durch ein demokratisches Referendum solle das gesamte Volk sich richtig äußern können und nicht nur das Parlament. Man habe in Polen zwei Parteien im Parlament, die absolut gegen den EU–Beitritt Polens seien. Das seien die Selbstverteidigungspartei und die Liga der polnischen Familie. Hinzu komme, dass Radio Maria der zweitgenannten Partei besonders helfe. Dieser Sender wende sich an alle Kranken, an alle Älteren und alle, die Angst hätten, die keine entwickelte Nationalidentität hätten. Man müsse sich dagegen stellen; man rechne damit, dass die Kraft und die Argumente, die rationellen Argumente vor allem, die entsprechende Wirkung zeigen würden. Auch die Kirche sei auf der Seite der Befürworter, man hoffe, das Referendum gewinnen zu können. Heute spreche man von 60 % Zustimmung, aber man habe auch schon nur 49 % Zustimmung gehabt. In der polnischen Verfassung stehe, dass man mindestens 50 % erreichen müsse. Die bisherigen Wahlumfragen zeigten immer wieder solche Schwankungen. Man müsse alles dafür tun, damit es gut gehe. Es sei nicht gut, dass in Polen die, die sich gegen die EU–Integration äußerten, nicht bereits eher im Parlament gewesen seien, um den ganzen Diskussionsprozess verfolgen zu können. Diese zwei Parteien seien erst in dieser Legislaturperiode im Parlament. Andererseits sei es gut, dass man die Diskussion über den Beitritt schon vorher abgeschlossen habe. Es könne auch sei, dass die Konsequenz der Integration sein werde, dass man nicht nur über Positives werde sprechen können, sondern auch über negative Folgen. Die Wettbewerbsfähigkeit werde verstärkt werden müssen, man werde einem großen Wettbewerbsdruck ausgesetzt werden. Dessen sei man sich bewusst, das polnische Volk müsse das auch wissen. Sie sei jedoch zufrieden, dass es einen Meinungsstreit gebe, nur sollte er inhaltlich untermauert werden, es sollte nicht die Demagogie beherrschend sein. Man unterschätze nicht die Befürchtungen der Bevölkerung, viele Menschen in Polen lebten unter großen sozialen Schwierigkeiten, die Arbeitslosigkeit sei recht hoch. Das alles wirke sich aus auf die Meinungsbildung und verstärke noch eventuelle Befürchtungen. Auch die Öffnung des Arbeitsmarktes könnte zu zusätzlichen Befürchtungen führen. Sie wünsche sich allerdings, dass die deutschen Nachbarn in der Zukunft – gegenwärtig sei es schwierig - ihren Standpunkt bezüglich der Freizügigkeit änderten. Auf dieser Weise könnte man leichter zu Gunsten der EU argumentieren. Kein Prozess, vor allem aber der des EU–Beitritts, könne ohne Schwierigkeiten ablaufe. Aber die Erfahrungen der letzten zwölf Jahre zeigten, dass man Hoffnung haben könne, dass alle Schwierigkeiten, die Polen gehabt habe, überwunden würden und dass die Entscheidungen richtig getroffen würden. Man werde Polen zum Termin, der vorbestimmt sei, sicher nach Europa bringen.

Der **Vorsitzende** richtet das Wort an die polnischen Gäste und sagt, dass es wichtig gewesen sei, dass man auch die Probleme gehört habe, die Polen genauso hätte, wie die Länder, die sich in der EU schon befänden. Man solle sich vorstellen, dass insbesondere in den neuen Bundesländern, wo die wirtschaftliche Lage noch schwieriger sei als im Rest der Bundesrepublik Deutschland, es umgekehrt auch erhebliche Sorgen über die Frage gebe, wie sich der Übergang vollziehen werde und ob es Brüche geben werde. Er glaube, dass man auf der einen Seite die Aufgabe habe, die Bevölkerung über die Realitäten zu informieren, auf der anderen Seite die Sorgen aufzunehmen, diese aber nicht zu verstärken, sondern durch überzeugende Arbeit die Sorgen aufzufangen und den Bürgern zu nehmen. Man spüre bei der Delegation, dass sie im Europa-Ausschuss des Sejm und des Senates sich um diese unendlich schwierigen Fragen kümmerten und sich bemühten. Der Kontakt zwischen den beiden Ausschüssen sei so gut, weil man sich immer informieren könne, wo die Probleme seien, wie man auf die beiden Regierungen einwirken müsse. Die deutsche Regierung stehe – parteiübergreifend - für zwei Grundlagen der Außenpolitik: die eine sei die europäische Einigung und die andere die transatlantische Partnerschaft. Beide könne man als Axiome bezeichnen. Wer eines von beiden gefährde, gefährde auch deutsches Interesse. Angenommen werde, dass Polen als Mitglied der EU, als Mitglied der NATO, als Freund der Vereinigten Staaten, eine ähnliche Grundausrichtung habe. Man werde die Regierungen immer daran messen müssen, ob sie diesen Anforderungen gerecht würden.

Im Namen des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestages bedanke er sich dafür, dass die polnische Delegation zwei Tage in Deutschland und im Ausschuss zu Besuch sei. Er freue sich, wenn der polnische Ausschuss mit ein oder zwei Damen oder Herren in Stuttgart vertreten sein könne und wenn man in naher Zukunft die Anregung zu einem Dreiertreffen zwischen den drei Nationen Polen, Frankreich und Deutschland unter den Vorsitzenden bzw. Obleuten aufgreifen könnte, wo man dann mit einer konkreten Tagesordnung vielleicht einige Initiativen setzen könne im Blick auf die neue erweiterte Europäische Union. Er bedanke sich herzlich und wünsche viel Glück beim weiteren Aufenthalt in Deutschland und alle Gute zuhause.

Abg. Andrzej Grzyb (Polen) bedankt sich im Namen der Delegation des polnischen Senates und des polnischen Sejms herzlich für das Treffen und dafür, was man gehört habe. Vor allem wolle er sich für die sehr positiven Antworten bedanken, denn die schnell aufzugreifenden und zu vertiefenden Kontakte zwischen den Ausschüssen des Bundestages und des Sejms sowie des Senates seien eine wichtige Sache. Weiterhin bedanke er sich für den Vorschlag von Herrn Hintze, sich in Stuttgart treffen zu können. Man werde dies ganz bestimmt konkretisieren können, wenn man ein offizielles Schreiben erhalten könne. Auch die Zukunft des Weimarer Dreiecks werde wieder erstrahlen. Er wolle die Mitglieder des deutschen

Ausschusses ermuntern, auch ins polnische Parlament und in den polnischen Senat zu kommen. Er wolle jetzt eine kleine Graphik mit einem Blick auf Warschau überreichen. Vielleicht sei ja das eine Inspiration so schnell wie möglich wieder nach Warschau zu kommen.

Der **Vorsitzende** dankt nochmals der polnischen Delegation.

Ende der Sitzung: 15:20 Uhr

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender